

Stöger: Abtreibung in öffentlichen Spitälern auch im Landeswesten

26. Juli 2014, 11:21

Jährlich rund 30.000 Abtreibungen - Gesundheitsminister pocht auf Selbstbestimmung für Frauen

Wien - Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) drängt darauf, dass in allen Regionen Österreichs Schwangerschaftsabbrüche in öffentlichen Spitälern möglich sind. Im Burgenland soll es ab Herbst so weit sein. Säumig sieht Stöger hier nur noch den Landeswesten - Tirol und Vorarlberg.

Der Gesundheitsminister hat bereits wiederholt die Möglichkeit zu Abtreibungen in öffentlichen Krankenhäusern in allen Regionen gefordert. Diese Forderung sei nach wie vor aufrecht, hieß es aus seinem Büro gegenüber der APA. Aus dem Burgenland sollen Frauen im Fall einer ungewollten Schwangerschaft nicht länger auspendeln müssen. Ab Herbst sollen Ärzte aus anderen Bundesländern Abtreibungen auch im östlichsten Bundesland durchführen. Derzeit sei man auf Partnersuche, erklärte eine Sprecherin von Soziallandesrat Peter Rezar (SPÖ).

Wichtiger Schritt zur Selbstbestimmung für Frauen

Stöger zeigte sich darüber gegenüber der APA erfreut: "Am Beispiel Burgenland sieht man, wie gut eine Kooperation funktionieren kann. Das ist ein wichtiger Schritt zur Selbstbestimmung für Frauen. Wir wünschen uns eine Lösung für den Westen Österreichs." Zwar werden Abtreibungen auch von niedergelassenen Ärzten durchgeführt, dies allerdings zu sehr unterschiedlichen Preisen, hieß es aus Stögers Büro.

Laut Schätzungen von Christian Fiala, Gynäkologe und Begründer des privaten Ambulatoriums "Gynmed" in Wien, werden in Österreich jährlich rund 30.000 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt, das sind zwei- bis dreimal mehr als in der Schweiz, Deutschland und Holland. "In Österreich haben wir eine unnötig hohe Rate an Abbrüchen im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern", so Fiala zur APA. Zurückzuführen sei dies auf die mangelhafte Verhütung. "Eine wichtige Maßnahme wäre die Kostenübernahme der Verhütung und des Abbruchs", fordert der Gynäkologe.

Größte Mängel bei Prävention

Die meisten Frauen, die einen Abbruch durchführen lassen, haben bereits eines oder mehrere Kinder, geht aus Fialas Daten hervor. Meist sind die Frauen zwischen 20 und 35 Jahren alt und die meisten Abbrüche werden vor der achten Schwangerschaftswoche durchgeführt. Ungewollt schwanger wurden die meisten Frauen, weil sie ungenügend oder gar nicht verhütet haben. Der Gynäkologe ortet daher die größten Mängel schon bei der Prävention, also ausreichend Aufklärung und Sexualkunde: "Dafür gibt es gar keinen politischen Willen und kein Geld."

Apropos Geld, bei Gynmed belaufen sich die Kosten für eine Abtreibung auf 490 Euro. Sie sind in den Praxen und Spitälern unterschiedlich hoch und reichen bis über 800 Euro, etwa in Niederösterreich. Fiala gibt zu bedenken, dass ein Schwangerschaftsabbruch "nichts ist, auf das man hinspart", sondern eine Notfallmaßnahme, für die man plötzlich mehrere hundert Euro auf den Tisch legen muss. Der Arzt pocht deshalb auf die Kostenübernahme durch die Krankenkassen - dies wäre westeuropäischer Standard.

ÖVP gegen Stögers Pläne

Die ÖVP stellt sich gegen die Pläne von Gesundheitsminister Stöger. "Es kann kein Arzt dazu gezwungen werden", sagte VP-Gesundheitssprecher Erwin Rasinger am Samstag.

"Es gibt in Österreich ein Gesetz, dass seit (Ex-Bundeskanzler Bruno, Anm.) Kreisky gilt", verwies Stöger auf die Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch, "ich denke nicht an eine Gesetzesänderung". Der Vorstoß des Gesundheitsministers sei daher "ein Streit um des Kaisers Bart". Die Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch in privaten Praxen solle aber weiterhin gegeben bleiben, lautet der Standpunkt Rasingers.

Kritik aus Vorarlberg

Auch Vorarlbergs Gesundheitslandesrat Christian Bernhard (ÖVP) sieht Stögers Vorstoß kritisch. Er ist der Ansicht, dass der "Vorarlberger Weg" vernünftig sei, sagte er gegenüber dem ORF. Es gebe andere Anbieter, und es habe keine Geschichte oder Tradition, dass Schwangerschaftsabbrüche in Krankenhäusern durchgeführt würden. In Tirol sieht Soziallandesrätin Christine Baur (Grüne) sehr wohl Handlungsbedarf. Es werde derzeit die Situation in Tirol tatsächlich evaluiert, was allerdings nicht so leicht sei.

Auch das Team Stronach meldete sich zu Wort. Für Gesundheitssprecher Marcus Franz kann Abtreibung immer nur die zweitbeste Lösung sein. Auch die FPÖ Tirol sprach sich gegen Stögers Ansinnen aus, Befürworter fand der Gesundheitsminister hingegen bei der Sozialistischen Jugend (SJ). (APA, 26.7.2014)